

Helmut Wiesenthal

02.09.2006

Einführung in das Thema des

Workshops „Demokratisierung des Produktivvermögens: Eigentum für alle!“

auf dem Zukunftskongress von Bündnis 90/Die Grünen, 01.-03.09.2006 in Berlin

Auf den ersten Blick scheint das Thema auf zweifache Weise belastet, d.h. für eine sich als „links“ verstehende Politik anrühlich. Warum?

(1) Wenn mehr als 10 % der Erwerbsfähigen ohne Lohneinkommen sind, könnte es paradoxer sogar arrogant wirken, eine Diskussion über Vermögensaufbau vom Zaun zu brechen.

(2) Zumal das Thema auch eine politische Vorgeschichte hat: Vermögensbildung und Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital sind traditionell „konservative“ Themen, die nicht zuletzt deswegen lanciert wurden, um den Lohnkonflikt zu entschärfen und „mehr Identifikation“ mit Kapitalinteressen zu ermöglichen, ja, um womöglich einer klassenbewussten Arbeiterschaft den Schneid abzukaufen!

Mit diesem (zuletzt genannten) Motiv sind wir genau beim Thema – nämlich im Sinne eines historischen déjà-vu.

Denn so etwas hat es schon mal gegeben – mit anfangs ungeahnten und später hochgeschätzten Folgen, nämlich bei den Bismarckschen Sozialreformen, aus denen schließlich der heutige Sozialstaat entstand. Diese Reformen waren, wie wir heute wissen, keineswegs von der organisierten Arbeiterschaft (also Gewerkschaften und Sozialdemokratie) erkämpft, sondern *gegen* deren erklärten Willen – wie auch gegen den Willen der organisierten Unternehmerschaft – mit eindeutigen politischen Absichten ins Leben gerufen worden. Und zwar als Präventiv-Reaktion auf dramatisch gewandelte **soziale** Bedingungen, die jede Menge unliebsame **politische** Folgen zu zeitigen versprochen, wenn man nicht **neue zukunftstaugliche** gesellschaftliche Einrichtungen (Institutionen) schaffen würde.¹

Auch wenn das noch nicht alle so sehen: Eine ganz analoge Situation wie in den 1880er Jahren haben wir auch heute. Lassen Sie mich kurz umreißen, warum unser

¹ Dazu ausführlicher: H. Wiesenthal, 2003: Beyond Incrementalism: Sozialpolitische Basisinnovationen im Lichte der politiktheoretischen Skepsis. In: Mayntz, Renate; Streeck, Wolfgang (Hg.): Die Reformierbarkeit der Demokratie. Innovationen und Blockaden. Festschrift für Fritz W. Scharpf. Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 31-70.

heutiger Sozialstaat, der gemessen an dem, was in anderen Teilen der Welt möglich und üblich ist, noch ausgezeichnet zu funktionieren scheint, einer ähnlich revolutionären Umsteuerung bedarf, wie sie im vorvorigen Jahrhundert mit dem Übergang von der Armenfürsorge zur Sozialversicherung erfolgt ist.

Das einschlägige Stichwort lautet wieder einmal Globalisierung. Diese bedeutet bekanntlich nicht nur, dass weltweite Produkt- und Standort-Konkurrenz zu immer besseren Autos und immer billigeren MP3-Playern führt, sondern dass das in der Nachkriegszeit entstandene (reale oder nur behauptete) Gleichgewicht von Arbeit und Kapital gekippt ist – zumindest in den „alten“ Industrieländern.

Einerseits bringt die Globalisierung weltweit mehr Menschen in Arbeit und sorgt für mehr und preiswertere Güter (aber auch mehr Umweltverbrauch), andererseits profitieren davon die Arbeitseinkommen entschieden weniger als die Kapitalerträge – was v.a. an der systematisch größeren Mobilität des Kapitals liegt.

Das sollte ein weiterer Grund sein, mit dem überlieferten – und von den Nostalgikern der Arbeiterbewegung gepflegten – Verständnis des Begriffspaars „Kapital und Arbeit“ aufzuräumen.

Ein „weiterer“ Grund deswegen, weil es schon seit längerem angesagt ist, die ursprüngliche Deutung des Verhältnisses von „Kapital und Arbeit“ als Nullsummenkonflikt aufzugeben. Entgegen der Vorstellung, dass eine Seite immer nur auf Kosten der anderen gewinnen kann, wissen wir heute, dass es ein „Nichtnullsummenspiel“ ist: Beide Seiten können gleichzeitig gewinnen oder auch verlieren, wenn sie sich nur dumm genug anstellen.

Konkret heißt das: Arbeit und Kapital sind nicht mehr wie in der Klassentheorie als gesellschaftliche Groß-Gruppen, sondern – wie es in der Ökonomik üblich ist – als Funktionen bzw. Produktionsfaktoren zu verstehen, d.h. als Produktionsfaktoren, über deren soziale Trägerschaft nicht von vornherein und nicht in einem ausschließenden Sinne vorentschieden ist.²

Das ist inzwischen durch die reale Verteilung von Kapitaleigentum hinreichend belegt. Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Kapitalstocks ist bereits im Besitz von Arbeitnehmerhaushalten, ein weiterer Teil gehört sog. institutionellen Anlegern wie Versicherungsgesellschaften, die die Einlagen von Arbeitnehmerhaushalten verwalten.

Was hat das mit einer unter Globalisierungsbedingungen gebotenen Umsteuerung zu tun? Sehr viel: Denn erst die breit verallgemeinerte Beteiligung aller sozialen Gruppen am Kapital ermöglicht es, Globalisierungsgewinne „gerecht“ zu verteilen.

² Dazu ausführlicher: H. Wiesenthal, 1999: Globalisierung als Epochenbruch – Maximaldimensionen eines Nichtnullsummenspiels. In: Schmidt, Gert/ Trinczek, Rainer (Hg.): Globalisierung. Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Soziale Welt, Sonderband 13. Baden-Baden: Nomos, S. 503-533.

Insbesondere dort, wo durch Produktionsverlagerung und Arbeitsplatzverluste zunächst „Globalisierungskosten“ anzufallen scheinen.

Zwei Nebenbemerkungen:

(1) Eine breite Beteiligung an Kapitalgewinnen in den „alten“ Industriegesellschaften erscheint als das logische Pendant zu der Beschäftigungszunahme in den „neuen“ Industrieländern, die von deutlich niedrigeren Produktionskosten profitieren. Nach aller Erfahrung mindert sich jedoch der Produktionskostenvorteil in dem Maße, in dem die dort Beschäftigten sich qualifizieren und organisieren, wobei sie ihre wachsende funktionale Unentbehrlichkeit in Lohnsteigerungen ummünzen können.

(2) Um Missverständnissen vorzubeugen: Eine breitere Beteiligung an Kapitalgewinnen entlastet die hiesige Politik keineswegs von der Notwendigkeit, die zentralen gesellschaftlichen Institutionen – v.a. in den Bereichen Bildung, Arbeit und soziale Sicherung – den neuen Verhältnissen anzupassen.

Was folglich auf die politische Tagesordnung einer Gesellschaft gehört, die sich ernsthaft den Herausforderungen des weltwirtschaftlichen Umbruchs stellt, ist das Projekt einer **Dualeinkommensstrategie**, deren neuer Zweig die Beteiligung aller Bürger am Produktivvermögen ist.

Oder noch etwas schärfer formuliert: Wie gut oder schlecht die „alten“ Industrieländer mit den Auswirkungen der Globalisierung zurecht kommen, wird sich an der Fähigkeit ihrer Regierungen erweisen, Dualeinkommen aus Arbeit und Kapital als neue Normalform der gesellschaftlichen Integration zu etablieren.